

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radvormwald, Breckerfeld u. s. w.

Verlag: Wilt. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 4

— Erscheint wöchentlich 6 mal. —
Bezugspreis freibleibend.

Halver

Samstag, den 5. Januar 1924

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Goldpf.
für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen
10 Goldpf. — Retikale 40 Goldpf. — Offertgebühren
110 Goldpf. und Porto.

24. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Der päpstliche Delegat im Ruhrgebiet, Monsignore Testa, begibt sich zu Informationszwecken nach der Pfalz.
- * Eine Abordnung aus der Rheinpfalz kommt nach Berlin, um mit der Reichsregierung zu verhandeln.
- * Eine dem bayerischen Landtag zugewandene Regierungsvorlage über Änderung des Landtagswahlgesetzes sieht eine Verminderung der Zahl der Abgeordneten auf 114 vor.
- * Die Reichspressstelle hat eine Eingabe an den Reichsfinanzminister gerichtet gegen die mehrfachen Zeitungsverbote der letzten Zeit.
- * Bei der Eröffnung der griechischen Nationalversammlung, die über die Regierungsform entscheiden soll, kam es zu lärmenden Kundgebungen.

Streikgefahr.

Von sachverständiger Seite wird uns geschrieben:

In Berlin ist eine große Zahl von Betrieben der Metallindustrie stillgelegt worden, und es ist damit zu rechnen, daß auch der Rest dieses Schicksal hat. Ebenso herrscht in der Berliner Holzindustrie, der chemischen und Lederindustrie Kampfstimmung, besteht die Gefahr, daß die Streiks oder Aussperrungen sich ausbreiten und auf das Reich übergreifen, wozu schon Anzeichen vorliegen. Es ist überall daselbst der Streik um die Verlängerung des Acht-Stunden-Arbeitstages und die Lohnhöhe.

Das Bild ist, rein äußerlich genommen, so, daß gegenüber dem Friedensstand die Arbeitszeit um etwa 10 bis 20 % verkürzt worden ist, daß die Löhne aber um etwa 30 bis 35 % gesunken sind. Soweit es sich dabei um die reine Lohnsumme handelt. Gemessen an der Friedenskaufkraft der Löhne ist der Reallohn — dem gegenwärtigen Reichsindex gemäß — aber um 12 % niedriger als 1913; man muß also allein für die Lebenshaltung mehr Geld aufwenden als damals, wobei aber noch nicht erwähnt ist, daß die Bekleidung 60 bis 70 % Mehraufwendungen erfordert als 1913. Alles in allem erhält real der Arbeiter heute durchschnittlich die Hälfte bis zwei Drittel des Friedenszeitverdienstes, und auch das nur, weil durch die Niedrighaltung der Mieten die Kosten der Wohnung immer noch um zwei Drittel vermindert werden.

Entscheidend ist volkswirtschaftlich, daß der Realverdienst des Arbeiters nicht unter das Existenzminimum sinken darf, wenn durch Lohnherabsetzung der Anteil der Löhne an den Produktionskosten vermindert wird. Denn ein Verdienst, der sich unterhalb des Existenzminimums bewegt, bedeutet eine volkswirtschaftliche — und privatwirtschaftliche — Unrentabilität, weil Raubbau an unserem wichtigsten Kapital, unserer Arbeitskraft, betrieben wird, die Einsetzung und Verwertung der vollen Arbeitskraft unmöglich machen heißt.

Nun ist der Lohnquotient bei den Produktionskosten ganz verschieden. Im Kohlenbergbau beträgt er 30 bis 35 % und geht bis zu 3 bis 5 % in anderen Industrien herunter. Ebenso verschieden ist daher überhaupt die Möglichkeit dieses Lohnabbaues. Wenn beispielsweise jetzt in der Berliner Metallindustrie eine Lohnherabsetzung von 14 % erfolgt, in der chemischen Industrie ein Spitzenlohn von 50 Pfennigen pro Stunde gezahlt werden soll, so bleibt die Frage, ob das Existenzminimum damit unterschritten wird, natürlich strittig, würde aber überhaupt ausgeschaltet sein, wenn die Produktion durch Verlängerung der Arbeitszeit die Lohnherabsetzung nicht nötig hat.

Von der Arbeiterschaft wird ja nun bestritten, daß vor allem der Lohnquotient das Objekt der Kostenherabsetzung, der Betriebsrentabilisierung sein muß, daß vielmehr diese Produktionskostenminderung durch Umorganisation des Betriebes, Herabsetzung der Geschäftskosten und durch bessere technische und praktische Verwendung der Arbeitskräfte erfolgen soll. Das ist fraglos richtig, — wenn wir in normalen Zeiten leben würden. Aber alles dieses kostet Geld, verlangt Vermehrung des Betriebskapitals, neuen Kredit. Und vor allem die Garantie späterer Rentabilisierung, also erweiterte Absatzmöglichkeit. Schon diese Andeutungen genügen, um zu zeigen, daß die Aufstellung solcher Generalforderungen fragwürdig ist. Weil Kreditwürdigkeit bei jedem Betriebe ganz verschieden ist. Natürlich würde bei der Durchführung derartiger Maßnahmen der Anteil der reinen Arbeit an der Produktion sinken, damit auch der Anteil des Lohnes an den Produktionskosten; und bei konstanten Preisen, die eben die Konkurrenzfähigkeit verbürgen müssen, könnte die Lohnhöhe steigen, damit die Kaufkraft der Massen, damit wieder die Absatzmöglichkeit der Produktion. Aber eben nur dann, wenn die erwähnten Möglichkeiten mit Hilfe eines Kredits ausführbar sind und nicht neue Lasten auf die Produktion gelegt werden.

Somit bleibt nur Kostenminderung nach der Richtung des geringsten Widerstandes hin übrig, und das ist eben Lohnherabsetzung und Arbeitszeitverlängerung, wobei also die Kosten gekürzt, der Nutzeffekt der Produktion — theoretisch — vermehrt wird. Wir betonen das „theoretisch“, denn eine Vermehrung der Arbeitszeit bedeutet durchaus nicht immer vermehrte Produktion. Der Arbeiter muß leben können, darf also durch allzu niedrige Löhne nicht „Substanzverlust“ an seinem Kapital, nämlich seiner Arbeitskraft, erleiden, um arbeiten zu können, um nicht nur privatwirtschaftlich, sondern vor allem volkswirtschaftlich werteschaffender Produktionsfaktor zu sein.

Stilllegung der Berliner Metallindustrie.

Fast sämtliche dem Industrieverband angeschlossenen Betriebe sind stillgelegt, und zwar bis Donnerstag nachmittag über 100 Betriebe mit 130 000 bis 140 000 Arbeitern. Die Bewegung nimmt ständig an Umfang zu. Sie umfaßt die Betriebe der AEG, Bergmann-Rosenthal, Schwarzkopff, Borfig, Lindström, Knorr-Bremse und Aga in Dichtenberg, Daimler, Drenckel u. Koppel, Dreiwitz und Ewandau.

Dstam, Lorenz, Deutsche Telephonwerke, Frister u. a. m., wozu auch das Siemenswerk in Charlottenburg gekommen ist. Vermittlungsverhandlungen sind eingeleitet, und zwar unter dem für Groß-Berlin neuernannten Schlichter, dem früheren Reichsminister Wissell.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Keine erhöhte Umsatzsteuer am Rhein.

Im Fünftehner-Ausschuß des Reichstags bildete ein Verordnungsentwurf über Zuschläge zur Umsatzsteuer in den besetzten Gebieten und in dem Einbruchgebiet den Gegenstand der Diskussion. Der Ausschuß ersuchte die Reichsregierung, von dem Erlaß der Verordnung abzugehen, da die darin enthaltene Ausnahmebestimmung der besetzten Gebiete politisch unerwünscht sei. Die Regierung hatte geplant, den Steuerfuß von 2½ auf 3 % zu erhöhen. Bund sächsischer Ministerpräsident.

Zwischen führenden Persönlichkeiten der bürgerlichen Parteien des Landtages und der sozialdemokratischen Partei sind neuerliche Verhandlungen eingeleitet worden, die auf die Bildung eines Koalitionskabinetts unter Führung des früheren sächsischen Ministerpräsidenten Bud hinführen. Die Kandidatur Bud hat Aussicht auf Erfolg, da der Deutschen Volkspartei die Person des ehemaligen Ministerpräsidenten genehm sein soll. Bud war sächsischer Ministerpräsident bis zum Jahre 1923. Sein Kabinett, dem auch der Reichssozialist Lipinski als Innenminister angehörte, wurde durch das Kabinett Zeigner abgelöst. — Im Ausschuß des sächsischen Landtags wurde mittlerweile der kommunistische Antrag auf Landtagsauflösung angenommen. Die Entscheidung liegt natürlich bei der Vollziehung des Landtags.

Vollstreckung in Lübeck.

Infolge eines Vorstoßes der Mehrheit der Lübecker Bürgerschaft gegen den Senat findet am 6. Januar in Lübeck ein Volksentscheid über die Frage statt, ob der Senat zurücktreten soll. Die Bürgerschaft setzt sich aus 38 Sozialdemokraten, 5 Kommunisten und 37 Vertretern nicht-sozialistischer Parteien zusammen, der Senat aus 6 Sozialdemokraten und 7 Nichtsozialisten. Bisher bestand im Senat zwischen Sozialdemokraten und Nichtsozialdemokraten eine Arbeitsgemeinschaft. Dagegen haben die radikalen Sozialisten sich aufgelehnt und dadurch entstand das Mißtrauensvotum. Da auch sozialistische Senatoren für die Annahme des Volksentscheids gestimmt haben, so ist anzunehmen, daß dieser für den Senat ausfallen wird. In diesem Falle würde dann eine Auflösung der Bürgerschaft und Neuwahlen erfolgen müssen.

Zollpladereien an der Befestigungsgrenze.

Der Eisenbahnverkehr zwischen dem unbefestigten und dem besetzten Gebiet hat sich in den letzten Tagen sehr verstärkt, da die deutsche Eisenbahn alle Gütersperren aufgehoben hat. Erhebliche Schwierigkeiten sind in verschiedenen Orien eingetreten, da der Eisenbahnverkehr stundenweise durch die französische Zollverwaltung unterbrochen wird. Der Verkehr wird durch die Zollherabsetzungen halbe Tage lang aufgehalten. Vorstellungen sowohl von deutscher wie von französischer Seite sind leider fruchtlos geblieben, da die französischen Zollbeamten erklären, von französischem Militär und der Eisenbahnregie unabhängig zu sein. Die Zustände sind betriebsstörend und gänzlich unhaltbar.

Aus In- und Ausland.

Hamburg. Der Erste Bürgermeister von Hamburg, Dr. Diestel, ist gestorben.

München. Das Volksgericht München hat gegen den im Jahre 1900 in München geborenen Grafen Karl Leon von Moutin-Eckart Haftbefehl wegen Hochverrat erlassen.

Königsberg i. Pr. Admiral z. D. Victor Balois ist im 83. Lebensjahre gestorben. Der Verstorbene war der älteste Admiral der deutschen Flotte.

Berlin. Auf die Nachricht von dem gegen den Prinz-Regenten von Japan verübten Anschlag hat der Reichspräsident ein Glückwunschtelegramm zur Errettung aus der Gefahr an den Regenten gerichtet.

Mexiko. Der Landdampfer „Mexican Eagle“ ist in Tampico eingetroffen, nachdem er zuvor durch ein Kanonenboot der Aufständischen nach Vera Cruz gebracht und dort gezwungen worden war, 8000 Faß Rohöl an die Aufständischen für den Betrieb der Eisenbahn auszuliefern.

Sicherung der Wahlfreiheit.

Zustimmung der Reichsregierung.

Der Rechtsausschuß des Reichstags hat am 22. Dezember 1923 eine Entschließung angenommen, wonach vom Tage der Ausschreibung der Wahlen bis zu ihrer Beendigung auch für verbotene Parteiorganisationen die Gründung von Vereinigungen ausschließlich zur Betreibung der Wahlen zulässig sei und Versammlungs- und Pressefreiheit auch für sie nur den allgemeinen strafrechtlichen und polizeilichen Beschränkungen unterliege. Zu dieser Entschließung hat der Reichsfinanzminister für die Reichsregierung in einem Schreiben an den Präsidenten des Reichstags nunmehr Stellung genommen. In dem Schreiben, in dem ausgeführt wird, das Verbot unterlag lediglich die äußere Betätigung des organisierten Zusammenschlusses derjenigen, die der verbotenen Partei angehören, hindere dagegen nicht, der politischen Gesinnung durch Wahl bestimmter Bewerber für parlamentarische Körperschaften Ausdruck zu geben. Der Artikel 125 der Reichsverfassung gewährte Wahlfreiheit und Wahlgeheimnis nach den näheren Bestimmungen der einzelnen Wahlgesetze. Dieses Grundrecht der Reichsverfassung könne auch durch eine Maß-

nahme auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung nicht außer Kraft gesetzt werden. Aus dem Grundsatz der Wahlfreiheit ergibt sich, daß das Verbot einer Organisation nicht die Wirkung haben könne, wahlberechtigte Personen, welche die von der Organisation vertretene politische Anschauung teilen, in der Ausübung ihres Wahlrechts oder an der Vorbereitung der Wahl zu hindern.

Die nach der Verfassung im Falle des Ausnahmezustandes zulässigen Beschränkungen der Pressefreiheit können auch in einer Genehmigungspflicht für Flugblätter bestehen. Dabei soll während der Wahlzeit die Genehmigung nur dann versagt werden, wenn nach dem Inhalt des Flugblattes auf einen gewaltsamen Umsturz der Verfassung hingewirkt wird.

Hypothekenaufwertung.

Um 10 Prozent?

Über die dritte Steuernotverordnung finden von neuem Besprechungen mit den Ländern statt, aus denen der Entwurf wohl mit namhaften Änderungen in bezug auf die Aufwertungsfrage der Hypotheken und die Mietssteuer hervorgehen dürfte.

Wie behauptet wird, sei die Absicht der Reichsregierung, die Hypotheken bis höchstens 10 % des Nominalwertes in Gold aufzuwerten, darauf zurückzuführen, daß das Reich möglichst rasch in den Besitz großer Steuereinnahmen kommen will. Die Frage der Aufwertung ist auf diese Weise eine rein taktische Frage geworden. Man habe wegen der Untragbarkeit der Friedensmieten bei gleichzeitiger 50prozentiger Begsteuerung Bedenken bekommen, daß die aus der Mietssteuer sich ergebenden Einnahmen nicht den Erwartungen entsprechen würden und außerdem eine außerordentliche Erbitterung der schwachen Kreise des Mittelstandes und der gesamten Arbeitnehmererschaft zur Folge haben würden. Da man aber auf die Einkünfte aus staatsfinanziellen Gründen nicht gelaube verzichten zu dürfen, soll auf dem Wege der Hypothekenaufwertung, die größtenteils steuerlich erfaßt würde, der Hausbesitz gewissermaßen zu einer Vermögenssteuer herangezogen werden und so auf diese Weise den Teil des Ertrages der Mietssteuer vorweg herauslagern, der gegenwärtig nur unter den größten Reibungen und Schwierigkeiten zu erlassen wäre.

Ministerverhaftung in Thüringen.

Gefälschte Anstellungsurkunden.

Der thüringische Innenminister Herrmann ist auf Anordnung des Oberstaatsanwalts in Weimar verhaftet worden, weil er — und damit hängt auch die vorangegangene Verhaftung des Assessors Kunze zusammen — entgegen der Reichsverordnung über den Beamtenabbau und die Anstellungssperre bis in die letzte Zeit eine Anzahl von Beamten angestellt und dabei die Anstellungsurkunden hat zurückdatieren lassen.

Die fraglichen Anstellungen sollen Personen aus der Partei des sozialdemokratischen Ministers Herrmann umfassen. Die Verhaftung wurde auf dem Bahnhof vorgenommen, als Herrmann, der eine Reise nach Eisenach unternommen hatte und von dort gerade zurückgekehrt war, den Eisenbahnzug verließ. Herrmann wurde sogleich nach seiner Festnahme dem Staatsanwalt vorgeführt und einer Vernehmung unterzogen. Die Neuanstellungen von Beamten sind, wie es heißt, bis zum 22. Dezember 1923 laufend erfolgt. Man sei Fälschungen in den Einstellungsurkunden auf die Spur gekommen, indem Einstellungsdaten ausradiert bzw. verändert wurden, um dadurch den Eindruck zu erwecken, daß die Einstellungen bereits im September bzw. Oktober stattgefunden haben. Belastende Seiten waren aus den Akten herausgerissen und entfernt worden. Die Personalangelegenheiten wurden von dem nicht fachmännischen Assessor Kunze, zusammen mit dem Minister Herrmann, bearbeitet.

Thüringens Minister in Berlin.

Die übrigen thüringischen Minister werden am Sonntagabend in Berlin erwartet, um den Fall Herrmann, sowie die andern von dem entsandten Reichskommissar erhobenen Beschwerden gegen Vorkommnisse innerhalb der thüringischen Regierung mit dem Kabinett zu besprechen. Das Kabinett wird bis zu diesem Tage vollständig sein, da Arbeitsminister Dr. Braun zurück sein dürfte und Dr. Stresemann nach neuesten Dispositionen spätestens Sonntag, den 6. Januar, in Berlin eintrifft.

Dr. Schacht in London.

Goldnotenbank und Ernährungsanleihe.

Der in London weilende Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat mit führenden Persönlichkeiten der Bank von England und der Handelswelt über die Teilnahme englischer Finanzkreise an der von ihm vorgeschlagenen Goldnotenbank und an der Nahrungsmittelanleihe für Deutschland Unterredungen gehabt. Während beim Handel lebhaftes Interesse für eine englische Beteiligung an der Goldkreditbank besteht, wird angezweifelt der unklaren Haltung der Reparationskommission von englischer Seite bezüglich einer Beteiligung an dem Lebensmittellkredit noch große Zurückhaltung geübt.

Französische Antwort nach Berlin.

Kein Entgegenkommen in Aussicht?

Nachdem nunmehr auch der Bericht des Generals Douaume vorliegt, hat man in Paris mit der Abfassung der

französischen Antwort auf die deutsche Note vom 24. Dezember begonnen. Das französische Dokument wird indessen dem deutschen Geschäftsträger Herrn von Hoesch kaum vor kommenden Dienstag überreicht werden. Die französische Antwort soll zudem mit dem belgischen Antwortprojekt verglichen werden.

Die bisherigen Angaben über den Inhalt der Antwort lauten nicht sehr günstig. Die östlichen französischen Behörden im besetzten Gebiet seien im allgemeinen ausdrücklich

gegen die allgemeine Anwendung der vor der deutschen Regierung im Ruhrgebiet und in den Rheinlanden verlangten Maßnahmen,

denn diese seien geeignet, dem Handel und sogar der Sicherheit der Besatzungsmächte Abbruch zu tun. Man könne also erwarten, daß die französische Regierung sich auf die Rechte beziehen werde, die sie aus dem Vertrag herleite, und daß sie nicht verfehlen werde, die deutsche Regierung daran zu erinnern, daß gewisse Forderungen, die diese stelle, wenigstens teilweise, namentlich was die Wiedereinführung der Eisenbahner anlangt, bereits befriedigt worden seien. Man habe weiter Grund zu der Annahme, daß den anderen deutschen Vorschlägen keine Folge gegeben werde.

da sie die leitenden Grundsätze der französischen Reparationspolitik in Frage stellen könnten. Die französische Note sei in einem sehr gemäßigten Ton abgefaßt und trage lediglich technischen Charakter, sie verpasse nicht den Weg für spätere Verhandlungen.

Ebert an die Jugendverbände.

Für des Reiches Einheit und Geschlossenheit.

Der die deutschen Jugendvereinigungen sämtlicher Parteirichtungen und Konfessionen umfassende Ausschuss der deutschen Jugendverbände hatte dem Reichspräsidenten im November v. J. eine Kundgebung, enthaltend ein Bekenntnis und eine Mahnung zur Einheit und zur Treue zum gemeinsamen Vaterlande, übermittelt. Reichspräsident Ebert hat darauf in einem Schreiben geantwortet, aus dem folgendes hervorgehoben sei:

Das junge Deutschland hat seinerzeit die Grenzen unseres Landes schützen helfen, es hat erst in jüngerer Zeit mit erneueter Einnützigkeit und Geschlossenheit sich für des Reiches Einheit und Geschlossenheit eingesetzt; es hat im Selbstschutz und in Erkenntnis der Notwendigkeit, Einheit und Schlichkeit zum Grundfals des persönlichen Lebens erhoben; es hat in den letzten Wochen mit bescheidener Selbstverständlichkeit die Not im Volke zu lindern gesucht; und es hat inmitten eigener materieller Sorgen und Kummernisse doch nicht veräußert, seine heiligen Triebe zu stärken und Heimatliebe und Heimatkultur zu pflegen. Deutsche Jugend! Erhalte und härte in dir diesen Gemeinsinn und diesen Idealismus! Die Selbstbestimmung des deutschen Volkes wird aber nur dann lebendige und dauernde Kraft des neuen Volkes werden, wenn die junge Generation die dafür nötigen Eigenschaften durch die deutsche Jugendbewegung in sich heranbildet: gesunde Nationalgefühl, staatsbürgerliche Gesinnung, das Bewußtsein der Verantwortung vor der Gemeinschaft, soziales Mitempfinden und nicht zuletzt die Achtung vor der Weltanschauung und der ethischen Überzeugung andersdenkender Völkergenossen.

gez. Ebert.

Die zweite Steuernotverordnung.

Bemerkungen eines Steuerfachmanns.

I.

Die neueste Steuernotverordnung trägt ihren Namen aus dreifachen Gründen mit Recht. Sie ist entstanden aus der Not der Regierung, so schnell wie möglich Einnahmen zu schaffen. Sie bringt dem Steuerzahler große Not, denn sie bürdet ihm schwere Lasten auf und sie macht schließlich den Steuerfachmännern große Not, weil es außerordentlich schwierig ist, sie richtig anzulegen und zu kommentieren. Auf 24 Druckseiten umfaßt dieses Gesetz 19 Artikel mit insgesamt 94 Paragraphen und unzähligen Unterabteilungen. Es zeigt alle Spuren überhäufte Arbeit und läßt die der Erledigung harrenden Probleme recht mangelhaft.

Es muß zugestanden werden, daß es eine Riesenaufgabe war, welche der Gesetzgeber zu bewältigen hatte. Das gesamte unübersichtliche Steuerrecht verlangt nach einer völligen Umarbeitung und Neugestaltung, während der feste Boden noch nicht vorhanden ist, auf dem aufgebaut werden kann. Man dürfte somit nicht erwarten, daß ein grundlegendes neues Recht schon jetzt entstehen könnte, aber man hatte doch gehofft, daß wenigstens die brennendsten Fragen in präziser Weise beantwortet werden würden. Das ist keineswegs immer geschehen. Den Verordnungen, Auslegungen und Ausführungsbestimmungen des Reichsfinanzministers ist der weiteste Spielraum gelassen, und selbst den Finanzbehörden ist zum Teil eine Macht

vollkommenheit eingeräumt, wie das bisher noch nie der Fall gewesen war. Wenn in einem Paragraphen im Absatz 1 eine Bestimmung getroffen ist, so steht in Absatz 2 häufig das Gegenteil anzuordnen. Eine vollständige Erläuterung des Gesetzes wird also erst möglich sein, wenn alle Ausführungsbestimmungen des Finanzministers erschienen sind, und wenn die dritte Notverordnung, die noch zu erwarten ist, die fehlenden Ergänzungen gebracht haben wird.

Heute sollen nur die grundlegendsten Bestimmungen geschildert werden, und zwar zunächst nur diejenigen, welche die physischen Personen betreffen. Alles das, was die Körperschaften (Gewerkschaften) angeht, muß gesondert behandelt werden, da dies allein ein sehr umfangreiches Gebiet ist. Ausgeschlossen sollen ferner werden die Vorschriften für die Besteuerung der Landwirtschaft und alles das, was den Steuerzahler jetzt nicht sofort unmittelbar berührt.

Das Gesetz spricht überall von Goldmark. Es wird sich die Notwendigkeit ergeben, darunter zu verstehen, daß eine Goldmark stets = 1/100 Dollar ist.

Nachdem es bei dem fast täglichen Wechsel des Geldwertes absolut unmöglich geworden ist, festzustellen, was jemand verdient oder verloren hat, oder welches Vermögen er besitzt, verzichtet das Gesetz ein für allemal auf derartige Feststellungen für 1923. Eine Steuererklärung für dieses Jahr wird nicht gefordert und es soll mit den bereits geleisteten Vorauszahlungen sein Bewenden haben. Nur eine Abschlußzahlung für 1923 wird noch gefordert, welche bis zum 10. Januar 1924 zu entrichten ist.

Die Berechnung dieser Abschlußzahlung ist wiederum auf Grundlage der Steuererklärung von 1922, die beträgt 40 Goldpfennig für je 1000 Mark des Steuerbetrages, welcher für das Steuerjahr 1922 zu entrichten gewesen war. Bei Geschäftseinkünften, welche im Jahre 1922 der Berechnung ihres Einkommens ein Wirtschaftsjahr zugrunde gelegt hatten, welches vor dem 1. Juli 1922 abschloß, verbleibt sich der Betrag der Abschlußzahlung, lautet also auf 160 Mark je 1000 Mark des Steuerbetrages.

Von der Abschlußzahlung sind nicht betroffen alle diejenigen Personen, welche im Jahre 1922 hauptsächlich Arbeitseinkommen hatten, auch wenn dieses den Betrag von 1 Million überschritten hat. Ebenso wenig die Ausübenden der freien Berufe und diejenigen Personen, deren hauptsächliches Einkommen bestand aus Zinsen von festverzinslichen Werten, Pensionen und außergewöhnlichen Einnahmen und Spekulationsgewinnen. Rückerstattungen gezahlter Steuerbeträge sind ausgeschlossen.

Dieser Paragraph enthält nun bereits einen Absatz, welcher der weitestgehenden Auslegung und der willkürlichen Handhabung Tür und Tor öffnet. Stehen nämlich die sämtlichen Zahlungen für 1923 außer Verhältnis zur Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen, so kann das Finanzamt die Abschlußzahlung anderweitig festsetzen. Bei der Bemessung der Leistungsfähigkeit ist auch der Verbrauch zu berücksichtigen. Das kann sowohl zugunsten als auch zum Nachteil des Steuerzahlers angewendet werden.

Nachdem aber amtlich anerkannt ist, daß eine tatsächliche Berechnung der Einkommensverhältnisse für 1923 ein Ding der Unmöglichkeit geworden ist, bleibt es unerklärlich, auf welche Weise die tatsächliche Leistungsfähigkeit eines Steuerpflichtigen nachgewiesen werden soll. Es wird somit schwerlich jemand in der Lage sein, dem Finanzamt zu beweisen, daß er viel mehr gezahlt hat, als seiner Leistungsfähigkeit entspricht. Es wird aber umgekehrt noch viel schwerer sein, den Gegenbeweis zu bringen, wenn es dem Finanzamt einfallen sollte, zu behaupten, daß die geleisteten Zahlungen im Verhältnis zur Leistungsfähigkeit zu niedrig gewesen wären. Solche bedenklichen Gesetzesvorschriften entziehen dem Rechtsbewußtsein jeden Grund und Boden.

Martin Horwich, beeidigter Bücherrevisor, Braunsau.

(Ein Schlusssatz folgt.)

Stehende Lebenshaltungskosten.

Nur um 0,3 % gesunken.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für Sonnabend, den 29. Dezember, den wegen des Jahreswechsels an Stelle des Montag gewählten Erhebungsstages, auf das 1147milliardensache der Vorkriegszeit. Gegenüber dem 22. Dezember (1150 Milliarden) ist demnach eine Abnahme von 0,3 % zu verzeichnen.

Für den Durchschnitt des Monats Dezember berechnet sich die Reichsindexziffer auf das 1247milliardensache gegenüber dem 657milliardensachen im Durchschnitt des Monats November; das entspricht einer Steigerung von 89,8 %. Die Lebenshaltungskosten ohne Bekleidung sind im Durchschnitt Dezember auf das 1182milliardensache, die Ernährungskosten allein auf das 1512milliardensache der Vorkriegszeit gestiegen.

Bis er sich heut' endlich ein Herz gefaßt und nach Pahlow gewandert ist, in der stillen Hoffnung, ihr irgendwo im Dorf oder im Walde zu begegnen.

„Und nun hab' ich dich, Hella!“ schloß er, sie leidenschaftlich an sich pressend. „Und lasse dich nie, nie wieder. Ich lasse dich nicht!“

Mit gefalteten Händen starrte Hella zu dem Inselwerder hinüber, den ein schmales Band von glührotem Dunst fernhin umrandete.

Und wieder klang Agels Stimme, diese Stimme, die sie einst so geliebt hatte und die sie nun so traurig machte, als er jetzt von seiner neuen Zukunft sprach, einer Farm unter tropischer Sonne mit Hunderten von Schwarzen, mit riesigen Herden und weiten Kulturen.

Afrika!

Das hatte sie ja ganz vergessen.

Sie sollte ja mit ihm nach Afrika.

Einen Augenblick dachte sie, ob sie nicht wirklich am besten daran täte, ihren entschlossenen Strich unter all die verworrenen Verhältnisse der Heimat zu legen, und ihr Schicksal noch einmal diesem Manne anzugliedern, dessen Liebe sie wie eine heiße Lohr umbrannte.

Dann aber war die weiche Regung wieder verwunden. Ihre schmalen Brauen zogen sich finster zusammen und ihre Augen blickten auf einmal kalt und hart.

„Ich muß nach Hause!“ sagte sie in plötzlich ausbrechender Unruhe. „Es ist längst Abendbrotzeit!“

Er sah sie sekundenlang ganz verständnislos an.

„Ja, hörst du denn gar nicht, was ich spreche, Hella? Ich habe dich eben gefragt, ob du mich denn nun am ersten Juli nach Hamburg begleiten willst?“

„Nach Hamburg?“

„Ja und dann weiter nach Kapstadt. Du kennst doch die Bedingungen meines Bruders!“

Ein Schweigen entstand und richtete sich langsam wie eine undurchsichtige Mauer zwischen ihnen auf.

Die schlanken Buchenstämme schaukelten und knarnten leise. Dazwischen ging zuweilen mit klagendem Ton ein geheimnisvolles Flüstern, ein wehmütiges Singen.

„Azel,“ nahm Hella endlich wieder das Wort. „Ich kann mich jetzt noch nicht entscheiden. Die Zeit war zu kurz. Du mußt das einsehen. Schreib' deinem Bruder, daß er die Frist verlängert. Oder geh' allein nach Afrika voraus!“

„Allein!“

Wie Blitz und Schlag folgten sich die Worte.

□ **Rechtzeitige Paßbeschaffung.** Es kommt immer wieder vor, daß Paße erst kurz vor Austritt der Reise oder gar erst am Reisetage selbst beantragt werden. Nun nehmen aber die zur Anfertigung eines Passes notwendigen behördlichen Prüfungen in der Regel drei bis vier Tage in Anspruch. Da der Paß mindestens ein Jahr gilt, täte jeder, der einmal einen Paß gebrauchen könnte, gut, nicht erst den Zeitpunkt des eintretenden Bedarfs abzuwarten, sondern sich auch ohne besonderen Anlaß einen Paß zu verschaffen. Bei dem heutigen Verhältnissen ist es überdies nur von Vorteil, wenn man ein solches Ausreisepapier für alle Fälle bei sich trägt.

□ **Wiederherstellung der Bahnverbindung Frankfurt a. M.—Basel.** Nach einer Unterbrechung von 11 Monaten ist der Verkehr über Offenburg jetzt wieder aufgenommen und die direkte Verbindung zwischen Frankfurt-Basel wieder hergestellt worden. Eine Genehmigung für die Durchreise durch das besetzte Gebiet ist nicht notwendig. Nur der Aufenthalt in den besetzten Gebieten wird von einer Einreisegenehmigung abhängig gemacht. Nachdem der durchgehende Personenverkehr über Regensburg wieder aufgenommen wurde, ist auch der Personenverkehr über Regensburg-Wintersdorf freigegeben worden, so daß jetzt der Personenverkehr über sämtliche badien-eisenbahnen Grenzübergänge wieder im Gange ist. Für die Einreise nach dem Elsaß ist die für Frankreich allgemein verlangte Zureisegenehmigung notwendig.

□ **Deutsche Luftpostverbindungen nach Bagdad, Bassora, dem übrigen Mesopotamien und Persien** werden alle 14 Tage von München nach Kairo zur Weiterbeförderung mit der englischen Luftpost Kairo-Bagdad abgehandelt. Im nächsten Vierteljahr verkehren die Posten ab München 9 Uhr 30 Min. vorm. am 10., 24. Januar, 7., 21. Februar, 6., 20. März. Zugelassen sind gewöhnliche und eingeschobene Briefsendungen aller Art mit der Angabe „Posten Kairo-Bagdad“ in der linken oberen Ecke der Anschriftseite. Der neben den gewöhnlichen Auslandsgebühren zu entrichtende Flugzuschlag ist vom 1. Januar 1924 an erheblich herabgesetzt und beträgt für Postkarten sowie für je 20 Gramm anderer Briefsendungen nur noch 30 Pf. Zeitgewinn bei Luftpostbeförderung gegenüber Dampferbeförderung 18 Tage, wenn die günstigste Auslieferungszeit gewählt wird. Die Auslieferung erfolgt am besten am Schluß. Nähere Auskunft bei den Postanstalten.

□ **Der Deutsche Reichsriegerbund „Ruffhäuser“** hat auch in diesem Jahre durch seinen Präsidenten, Generaloberst von Heeringen, eine Neujahrskundgebung erlassen, die mit den Worten schließt: „Wer Deutschlands Söhne kämpfen sah, der kann den Glauben an Deutschlands Zukunft nicht verlieren. Wir müssen nur fest zusammenstehen, Mann zu Mann, wie einst drangen an der Front; wir müssen uns als ein einziges, einiges Volk fühlen und danach handeln. So nur kann unser Vaterland noch gerettet werden. Die deutschen Kriegerveterane gehen bewußt diesen Weg, sie stehen über den Parteien und wollen nichts, als nur ein lebensfähiges Deutschland behalten. Dies aber umschließt alles.“

× **Halber, 5. Jan.** Die Weihnachtsferien erreichen am Montag ihr Ende. Am Dienstag, den 8. Januar beginnt der Unterricht zur gewohnten Stunde in sämtlichen Schulen des Bezirkes. — Am demselben Tage beginnt der Unterricht an den gewerblichen Fortbildungsschulen.

× **Halber, 5. Jan.** Der nächste Gerichtstag findet am Mittwoch, den 9. Jan. vorm. 8.15 Uhr beginnend im Sitzungssaal des Amtshauses statt. Zur Förderung der Geschäfte ist es erforderlich, daß die zu verhandelnden Sachen vorher beim Amtsgericht in Lützencheid angemeldet werden, damit die beim Akten zur Stelle sind.

× **Halber, 5. Jan.** Aus Anlaß des 70jährigen Geburtstages des Pfarrers Dr. Dresbach brachte der Kirchliche Posaunenchor, dessen Vorsitzende der Jubilar ist, ein Ständchen. Zahlreiche Glückwünsche von allen Seiten wurden dem Geburtstagskinde zu teil.

□ **Bruderfeld, 3. Jan.** Auszeichnung. Unser Landsmann, der jugendliche Professor der Baukunst Gustav Kattwinkel, gebürtiger Bruderfelder, und einer seiner Schüler, der Architekt Hans Giebler, haben bei dem großen Wettbewerb um die Bebauung des Rossen-

„Flammen“

Roman von Hans Schulze.

87) Nachdruck verboten

„Hella!“ klang es in unterdrücktem Jubel.

Agel von Leflow stand vor ihr.

Sekundenlang verharrten sie in vollkommenem Schweigen.

Er hatte ihre Hände gepackt, sein schönes, erregtes Gesicht war ganz nahe dem ihren.

In einem Anfall wehrloser Schwäche sank sie ihm entgegen.

Alles, was an Angst und Not in ihrer Seele gebrannt hatte, es auf einmal untergegangen, in dem Bewußtsein ihrer beider Zusammengehörigkeit.

Waren sie nicht zwei Entleerte des Glückes, die schon zweimal eine Strecke ihres Lebens miteinander gewandert waren, die sich immer wieder zusammenfinden mußten, kraft des geheimen Zauberbannes der Liebe, der über Meer und Lände wirkt. —

„Hella!“

Die großen, blassen Augen des Mannes liebten ihr Gesicht, ihr wundervolles Haar, in dessen Wellen sich alles Gold der sinkenden Sonne gefangen zu haben schien.

„Hella!“ wiederholte er leise. „Du bist die Schönste, nie hab' ich das so gefühlt!“

Mit einer sanften Bewegung machte sie sich von ihm frei. „Wir müssen vernünftig sein, Agel! Wenn uns jemand sieht.“

Er schüttelte den Kopf.

„Ich kann es nicht, so lange du bei mir bist. Ich hab' dich ja so grenzenlos lieb.“

Er hatte sie bei diesen Worten ein wenig abseits in den Wald geführt zu einer Stelle, wo ein kleiner Wasserlauf zwischen den bemoosten Felsblöcken mit leisem Singen aus der Erde sprang.

Hier ließ er sich nieder und zog sie auf seinen Schoß herab.

Und sie lehnte den Kopf an sein Haar und ihre Arme lagen weich um seinen Hals.

Und dann begann er zu erzählen von seinem einsamen Robinsonleben und wie er Tag um Tag auf eine Nachricht von ihr gewartet habe, in Sehnsucht und heimlicher Verzweiflung.

„Niemand geh' ich allein, Hella! Du gehörst zu mir! Du mußt mit mir kommen. Ich lasse dich nicht!“

Dann drach er sich ab; die Stimme erlöschte ihm vor Erregung in der Kehle.

Und wieder wuchs die Mauer, das Schweigen.

Und es schien ihnen, als trügen die Minuten schwere Lasten langsam durch die große Stille. —

Hella hatte die Augen geschlossen, ein fröhlicher Hauch schauerte über ihre Haut hin.

Und dann begann der Kampf von neuem, dieser Kampf den der Mann auf seiner einsamen Insel aus ihrem langen Schweigen schon immer bang vorausgeahnt hatte.

„Hella“, sagte er mit heiserer Stimme. „Das ist doch alles nur eine Ausflucht! Du willst nicht mit mir kommen. Sei doch offen, quäl mich nicht so! Was hindert dich, was hindert dich?“

Mit einem heftigen Ruck warf sie den Kopf zurück. „Alseben!“

„Das ist nicht wahr!“

„Dann wollen wir nicht weiter darüber reden!“

„Hella, wie soll ich das verstehen? Niemals hast du dich bisher an Alseben gewöhnt. Noch neulich sagtest du, ihr ginget aneinander vorbei wie zwei völlig Fremde.“

Sie zuckte die Achseln. „Alseben willigt nicht in unsere Scheidung!“

„In eure Scheidung!“

Wie ein roter Vorhang wallte es vor seinen Augen, seine Schläfen hämmerten.

„Ja, seid ihr denn nicht schon längst geschieden?“ fragte er dann in maßlosem Erstaunen.

Hella schüttelte den Kopf.

„Weißt du nicht! Alseben hat damals, ehe er nach Amerika ging, keinerlei Schritte gegen mich unternommen. Und auch jetzt gibt er mich nicht frei. Das hat er mir in der letzten Nacht mit dünnen Worten erklärt.“

„Und warum nicht?“

Ein lauernder Zug trat in Hellas Gesicht, daß sie einen Augenblick lang mit der Antwort zauderte.

„Ich weiß nicht!“ sagte Hella endlich mit leisem Spott.

„Vielleicht liebt er mich noch immer. Nun aber geh' ich gegen ihn vor. Heute morgen habe ich an meinen Rechtsanwalt nach Berlin geschrieben. Ich will frei sein und ich werde frei werden.“

Fortsetzung folgt.

in neuen und dieses Gebiet von Deutschland loszutrennen, und zwar mit demselben Ziel wie früher, nämlich um andere Staaten zu schwächen und ihre eigene Macht zu vergrößern.

Baldwins ablehnende Antwort an die Londoner Konservativen.

London, 3. Januar. In seiner Antwort an die Londoner Konservativen Vereinigung, die ihn ersucht hatte, gewisse Zusagen mit Bezug auf die Möglichkeit einer liberalen Regierung Asquith zu machen, stellt Ministerpräsident Baldwin fest, daß eine derartige Kombination nach der letzten Rede Asquiths völlig unmöglich sei. Asquith selbst verharret in einer neuen Erklärung auf seinem ablehnenden Standpunkt.

Deutsch-russischer Handelsverkehr.

Moskau, 3. Januar. Der hier eingetroffene Chef der russischen Handelsvertretung in Berlin, Stomontschoff, erklärte, wie die russische Telegraphen-Agentur meldet, Vertretern der Presse, daß der russisch-deutsche Handelsverkehr, der im Oktober 1923 seinen Höhepunkt erreicht habe, gegenwärtig im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise in Deutschland etwas zurückgegangen sei. Die russische Einfuhr habe eingeschränkt werden müssen, und auch die Nachfrage nach russischen Rohstoffen sei geringer geworden. Trotzdem bleibe Deutschland der größte Käufer für russisches Getreide.

Aus dem Gerichtssaal.

§ Zwei Häuser-Damen vor Gericht. Das Schöffengericht Hannover verhandelte gegen zwei Jüngerinnen des bekannten Wanderspiels und „Propheeten“ Ludwig Häuser. Die eine, Olga Lorenzen, ist seit Oktober mit dem Propheeten verheiratet. Die andere, Adele Jüls, ist Redakteurin an der „Häuser-Zeitung“. Die beiden Frauen haben sich der Nötigung und des Hausfriedensbruchs sowie schwerer Beleidigungen schuldig gemacht. Das Gericht verurteilte Olga Lorenzen wegen Nötigungsversuches zu drei Wochen Gefängnis und wegen Beleidigung zu zwei Wochen Gefängnis. Adele Jüls wurde zu drei Wochen Gefängnis verurteilt. Den beiden Frauen ist Strafausssetzung bis zu drei Jahren zugestanden worden, wenn sie bis zum 15. Januar eine Geldbuße von 300 bzw. 200 Goldmark zahlen.

§ Volksgerichtsurteil gegen Versammlungssprenger. Vor dem Volksgericht München hatten sich vierzehn Kommunisten und Kommunistinnen aus dem Vergewaltigungsort Penzberg, die am 11. August v. J. einen Festabend des Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverbandes gestört hatten, zu verantworten. Sieben Angeklagte erhielten Strafen von drei bis zu sechs Monaten Gefängnis. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Vom Lebensmittelmarkt.

* In der Berliner Zentralmarkthalle wurden am 3. Januar folgende Pfundpreise (in Festmark) verlangt: Rindfleisch 0,90—1,50, Geflügel 0,70—0,90, Kalbfleisch 1,20—2,20,

Sammetfleisch 1,20—1,50, Schweinefleisch 1,30—1,50, geräucherter Inlandschinken 1,40—2,20, Leberwurst 1—2,20, Schmalzwurst 2,30 bis 2,80, Hosen 1,50—1,80, Gänse 2—2,90, Hühner 2—2,50, Kebab 1—1,20, Schellfisch 0,70, Heringe 0,60—0,70, Büdlinge 1,30—2, Sprotten 0,80—1,50, ein Salzsetherring 0,12—0,15, Äpfel ab 0,50, Birnen ab 0,70, Kartoffeln 0,043, Weizenbrot 0,08 bis 0,09, Roggenbrot 0,16—0,18, Grünkohl 0,20—0,30, Tomaten 0,60—1, Mohrrüben 0,10, Zwiebeln 0,25—0,30, Erbsen 0,33 bis 0,50, weiße Bohnen 0,35—0,48, Butter 2—2,60, Margarine 0,60—0,90, Schmalz 0,86—0,90, Tisfiter Käse 1,40—2, Harzer Käse 0,85—1,20, ein Ei 0,24—0,25, eine Zitrone ab 0,10, Kunstbonig 0,50—0,55, Pfaffenmutter 0,70—0,85, Tee 4,20—11,50, Zucker 0,45—0,50, Weizenmehl 0,20—0,24, Hafergrütze 0,26—0,28, Salz 0,08.

Städtischer Viehhof Ebersfeld. Bericht der amtlichen Notierungskommission vom 2. Jan. Auftrieb 534 Stück Großvieh, davon 141 Ochsen, 123 Bullen, 246 Färsen und Kühe, 24 Fresser, 394 Kälber, 1795 Schweine, (89 Höl.) 234 Schafe. Die Preise stellten sich für Ochsen in Goldmark für 100 Pfund: a. 58—60, b. 50—55, c. 45—48, d. 35—40. Bullen a. 40—45, b. 35—40, c. 30—35. Färsen und Kühe a. 50—55, b. 45—50, c. 35—40, d. 30—35, e. 20—30. Jungvieh 25—35. Kälber a. — b. 65—70, c. 55—60, d. 50—55, e. 40—50. Weideschafe a. 30—35, b. 20—30. Schweine a. 50—55, b. 55—60, c. 65, d. —, e. 40—50.

Tendenz: Großvieh langsam, Schweine flau, Kälber und Schafe mittel.

Börse und Handel.

In Millionen Mk. Was kosten fremde Werte? In Millionen Mk.

Börsenplätze	3. 1.		2. 1.	
	gekauft	angeb.	gekauft	angeb.
Holland 1 Gulb.	1615 950	1624 050	1615 950	1624 050
Dänemark 1 Kr.	746 130	749 870	746 130	749 870
Schweden 1 Kr.	1117 200	1122 800	1118 210	1118 790
Norwegen 1 Kr.	613 463	616 537	613 463	616 537
Finnland 1 Mark	104 737	105 263	102 742	103 258
Amerika 1 Doll.	4189 500	4210 500	4189 500	4210 500
England 1 Pf.	18 054 750	18 145 250	18 154 500	18 245 500
Schweiz 1 Fr.	746 130	749 870	740 145	743 855
Frankreich 1 Fr.	216 458	217 542	216 458	217 542
Belgien 1 Fr.	189 525	190 475	189 525	190 475
Italien 1 Lira	184 538	185 462	184 538	185 462
Tschechien 1 Kr.	124 188	124 812	123 440	124 060
Österr. 1000 Kr.	59 350	60 150	59 850	60 150
Ungarn 1000 Kr.	220 946	222 054	220 946	222 004

Deutsche Werte am 3. Januar.

Eine Rentenmark . . . 1 Billion Papiermark
Dollarfahndungsanweisungen . . . 4,2 Bill.
Goldanleihe (1 Dollar) amtlich . . . 4200 Milliard. Papierm.
Ein Goldpfennig . . . 10 „
Eine Goldmark . . . 1000 „

* **Produktenmarkt.** Berlin, 3. Januar. Amtlich festgesetzte Preise an der Produktenbörse. Getreide und Ölsaaten pro 1000 Kilogramm, sonst pro 100 Kilogramm. (In Goldmark der Goldanleihe oder in Rentenmark): Weizen märkischer 169—172. Fester. Roggen märkischer 148—151, pommerscher 146—149, westpreussischer 143—145. Gut behauptet. Sommergerste 167—173. Fester. Hafer märkischer 132—136, pommerscher 124—129, schlesischer 124—128, westpreussischer 123—125. Behauptet. Mais loco Berlin, waggonsfrei Hamburg 172—174. Fein. Weizenmehl pro 100 Kilogramm frei Berlin brutto infl. Sack (feinste Marken über Notiz) 25,75—29. Behauptet. Roggenmehl pro 100 Kilogramm frei Berlin brutto infl. Sack 24,50 bis 27. Behauptet. Weizenkleie frei Berlin 8,25—8,40. Stetig. Roggenkleie frei Berlin 8—8,10. Stetig. Raps 280—285. Stetig. Viktoriaerbsen 40—42, kleine Speiseerbsen 25—28, Pelusiden 14—15, Ackerbohnen 12—14, Widen 15—16, Lupinen, blaue 14 bis 16, gelbe 15—17, Seradella 17—18, Rapsstücken 12,50, Leintüchen 25—26, Trockenkürbisse 8—8,20, Torfmelasse 30—70 8 bis 8,25, Kartoffelflocken 17—17,50.

* **Rauhfutter.** Bericht der Preisnotierungskommission für Rauhfutter. (Nichtamtlich.) Großhandelspreise pro 50 Kilogramm ab märkischer Station für den Berliner Markt. (In Goldmark): drachtgepr. Roggen- und Weizenstroh 0,60—0,80, desgl. Haferstroh 0,50—0,70, desgl. Gerstenstroh 0,50—0,65, Roggenlangstroh 0,40—0,50, bindfadengepr. Roggen- und Weizenstroh 0,40—0,50, Stroh 1,20—1,40, handelsüblich. Heu 1,10 bis 1,20, gutes Heu 1,30—1,50.

* **Gerabekung der Großhandelspreise.** In einer Sitzung, die Vertreter des Landesverbandes Berlin-Brandenburg, des Reichsverbandes des Deutschen Nahrungsmittel-Großhandels mit Vertretern des Preisprüfungs- und der Preisprüfungsstellen in Berlin hatten, wurde beschlossen, die Großhandelspreise für Lebensmittel um durchschnittlich 5 % herabzusetzen.

* **Hamburgs Seeverkehr.** Im Hamburger Hafen sind im Jahre 1923 17 324 Seeschiffe angekommen (gegen 14 141 im Vorjahr); abgegangen sind 17 213 (gegen 14 134) Seeschiffe.

Wetter-Aussichten.

6. Jan. Wolken, Niederschläge, kalt, Wind.
7. „ Veränderlich, normal temperiert.
8. „ Wenig verändert.
9. „ Wolken, Niederschläge nachkalt.
10. „ Wenig verändert.
11. „ Wolken, teils Sonne, streichweis Niederschlag.
12. „ Vielfach Niederschlag ziemlich milde.

Schriftleitung: Wilt. Dell jr., Halber i. Westf.

Fernsprecher 3705-3708.

Halbzeug : Stab-Form-Band-Eisen
Walzdraht : Bleche u. s. w.

622 liefern ab Werk und Lager

WEDEKIND & Co. Eisengroßhandlung **HAGEN** Westf.

Zweighäuser:
Berlin SW. 11.
Cöln a. Rhein.

Lager mit Gleisanschluss:
Vogelsang, Kreis Schwelm i. Westf.

Statt besonderer Anzeige.



Heute vormittag 11¹/₂ Uhr verschied sanft nach langem Leiden, infolge Altersschwäche, unsere herzengute Mutter, Schwiegermutter, Grossmutter, Urgrossmutter und Tante

Wwe. Theodor Lausberg
Henriette g-b. Schuster
im Alter von 78 Jahren 7 Mon.

Um stille Teilnahme bitten:
die trauernden Hinterbliebenen.

Nonnen - Ennepe, Voerde, Löh, Schwelm, Hakenberg, Haarhausen, Hassley, Herkingrade und Othmaringhausen, den 4. Jan. 1924.

Die Beerdigung findet statt am Montag, den 7. Januar cr., nachmittags 2¹/₂ Uhr vom Sterbehause aus.
Von Kranzspenden und Beileidsbesuchen wolle man bitte Abstand nehmen.

Kataloge, Preislisten, Rechnungen, Briefbogen, Couverts, Geschäftskarten, Mitteilungen usw. usw.

Drucksachen

aller Art
für Industrie, Behörden u. Private
in sauberer u. geschmackvoller Ausführung
werden angefertigt
in der

Buch- und Kunstdruckerei
Wilhelm Bell jr.,
Halver i. Westf.

— Fernsprecher Nr. 42. —

Geburts-, Verlobungs-, Vermählungs-, Visitenkarten, Trauerbriefe, Dank-, Besuchs-, Karten usw.

Westf. Glasniederlage Hagen i. W.

Fernspr. 2643 Inh.: **Heinr. Theis jr.** Wehringhauserstr. 44

Größtes Unternehmen dieser Art am Platze.
Billigste Bezugsquelle für Wirte - Vereine.
Spezialität: **Wirtschaftsartikel.** 1444

Jede Dame liebt
ein rosiges, jugendfrisches Antlitz u. blendend schön. Teint. Alles dies erzeugt die echte **Stechenpferd-Weife**
die beste Lillienmilchseife von **Bergmann & Co., Radebeul.**
Zu haben bei:
Drog. C. Menke, Frankfurterstr., H. Köster, Galanteriew., Halver. [2163]

Einlagen auf Rentenmark- sowie Papiermark-Konto werden von uns entgegen genommen.

In der Papiermark-Rechnung werden nur Billionen - Summen mit höchstens 2 Dezimalstellen gebucht.

Die Sparkassen des Kreises
Altena u. d. Stadt Lüdenscheid.

Fabrikgeschäft sucht möglichst per sofort, spätestens jedoch per 1. April älteren

Büro-Beamten (in)

Offerten mit Lebenslauf erbeten unter Nr. K. 15 an die Geschäftsst. des Allg. Anz. Halver.

Kirchliche Nachrichten.

Evangel. Gemeinde Halver. Sonntag, den 6. Januar Vorm. 10 Uhr Predigt, Pastor Dr. Große-Dresselhaus. Freitagabend 8 Uhr Psalmenchor.

Evangelisches Vereinshaus, Halver. Sonntag, den 6. Jan 1¹/₂ Uhr Sonntagschule, 3 Uhr Vorstandssitzung des Jünglingsvereins. 4 Uhr Bibelstunde, Stadtm. Bröder, 5¹/₂ Uhr General-Versammlung des Männer- u. Jünglingsvereins. Von Montag bis Samstag jeden Abend Allianz-Gebetstunde.

Freie evang. Gemeinde Halver. Berlinerstr. 27a Sonntag, den 6. Jan morgens 9¹/₂ Uhr Gebetsstunde. Nachm. 1¹/₂ Uhr: Sonntagschule. 4 Uhr Bibl. Vortrag. Von Montag d. 7. Jan bis Samstag d. 12. Jan jeden Abend 8¹/₂ Uhr Allianz-Gebetstunde.

Die Steuerbücher für 1924 sind im Amtshause, Zimmer 2, bezw. im Gemeindefürsorgeamt abzuholen.

Halver, 4. Jan. 1924.
Amt Halver.

S. G. V.
Abt. Halver.

Hauptversammlung
Dienstag, 8. Jan.,
abends 8 Uhr
am Schmalzpurbahnhof
Der Vorstand.

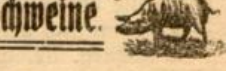
Ein erfahrener

Werkzeugschlosser

perfekter Dreher
zu sofortigem Eintritt
für dauernde Beschäftigung gesucht.

Erich Wippermann,
Fabrik f. Isoliermaterial,
Halver i. W.

Erhielt heute

 **Rühe**
und
 **Schweine.**

Hugo Kerspe,
Halver.

Alt-Blei
u. sonst. Altmetalle
kauft laufend
Friedr. Ernst Häusler,
Kierspe, [1561]
Telef. 209 Meinerzhagen.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Heimgehe unserer lieben Entschlafenen sagen wir allen unsern innigsten Dank.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Carl Fleschenberg.